

schlägt, das ist um 4,8 Millionen Tonnen gleich 13 Prozent mehr als im Vorjahre. Einschließlich Frühkartoffeln stellt sich die Kartoffelernte auf insgesamt 44,3 Millionen Tonnen gegen rund 40 Millionen Tonnen im Vorjahre. Die neue Kartoffelernte ist die größte der Nachkriegszeit; sie übertrifft die guten Kartoffelernten von 1928 (um 3 Millionen Tonnen) und von 1925 (um 2,5 Millionen Tonnen) und steht mengenmäßig ungefähr auf gleicher Höhe wie die außergewöhnlich große Kartoffelernte des Jahres 1913, die (im gleichen Reichsgebiet) 44,0 Millionen Tonnen erbrachte. Der hohe Ertrag der neuen Kartoffelernte ist vornehmlich dem warmen und niederschlagsreichen Wetter zu verdanken, das in der Hauptentwicklungszeit sowohl den Anbau als auch das Wachstum der Knollen außerordentlich gefördert hat.

Der Herbstkartoffelverwand. Zum Beginn des Herbstkartoffelverwand wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Interessenten viel zur Beschleunigung des Verkehrs beitragen können, wenn nachstehende Punkte genau beachtet werden: 1. Kartoffelsäcke mit Stricken (nicht Strobbelken) fest und so zubinden, daß ein zum Anfaßen dienender Knopf gebildet wird. Schadhafte Säcke werden zurückgewiesen. 2. Nur feste Tafeln oder Fahnen aus Holz, Pappe oder anderen haltbaren Stoffen mit gegen Ausreißen gesicherten Deisen verwenden. Anzahl der Stüde auf den Anhängern vermerken und auf genaue Übereinstimmung der Angaben mit dem Frachtbrief achten. In den Säcken ist obenauf ein Doppel der Anschrift mit genauer Angabe der Herkunft und Bestimmung fest anzubringen.

Mehr Abwecklung im Garten! Unsere Gemüse- und Obstversorgung leidet in mancher Hinsicht an einer gewissen Eintönigkeit, und diese ist schuld, das verhältnismäßig wenig Abwecklung in unseren Küchensetzeln kommt. Anders der Ausländer, der kennt und schätzt die Brunnenkresse, den Chicorree, den Bleichsellerie, die Artischocke, die Melone u. a. m. Alle diese Gemüse können auch bei uns Eingang finden, denn der Kleingärtner darf schon ein wenig Feinschmecker sein, und die Kultur der in Frage kommenden Gewächse ist durchaus nicht schwierig. Noch vor circa 30 Jahren wurden Spargel und Tomaten für Lederbissen gehalten, die nur des Reichen Tisch zierten, heute findet sich die Kultur dieser Gewächse in jedem Garten. Auch der Obstbau läßt die Kultur mancher Obstart vernachlässigen, die es wert wäre, mehr Verbreitung zu finden, es sei hierbei an die Quitte, die Maulbeere, die Nisepel, die Mirabelle und vor allem auch an die Brombeere u. a. m. erinnert.

Kesselsdorf. Feuerweh-Inspktion. Morgen nachmittags 5 Uhr findet die von der Amtshauptmannschaft vorgeschriebene Prüfung der hiesigen Feuerwehr durch Branddirektor Dörner-Wilsdruff statt.

Untersdorf. (Im Silberkranz.) In voller Rüstigkeit und bei bester Gesundheit feierten Gärtnerbesitzer Bernhard H. Mann und seine Frau Wella geb. Henker am 9. Oktober ihre silberne Hochzeit. Die ganze Gemeinde bejubelte durch reiche Geschenke und Gesang des Gesangsvereins ihre Liebe zu diesem allgemein beliebten Doppelpaare und ihre herzliche Anteilnahme an dem Freudentage.

Gauernitz. Vom Verkehrsverein Linfes Elbufer (Sib. Gauernitz). In der letzten Mitgliederversammlung, welche im Ratskeller zu Scharfenberg abgehalten wurde, berichtete Geschäftsführer Kantor Stein über die Abfassung einer Eingabe an die Reichspostverwaltung, in welcher die vielen und zum Teil schweren Nachteile geschildert werden, welche die Umstellung der Postzustellung für die meisten Ortschaften unserer Gegend gebracht hat. In der Aussprache wurde auch festgestellt, daß die Austragung von Posttaschen Schullindern überlassen worden ist, wodurch die Sicherheit der Beförderung in Frage gestellt wird. Man stellte auch die Frage auf, ob die für die Beförderung von Geld- und Wertsendungen bis in die Hände der Empfänger ausreichend garantiert ist. Einem Bescheide der Postbehörde darf mit Interesse entgegengekehrt werden. Zur Mitgliederbewegung wurde mitgeteilt, daß dem Vereine zur Zeit 44 Mitglieder, darunter 21 unterstützende, angehören. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles führte der Vorsitzende des Ratskellers, Mitglied Reichelt, die Versammlungsteilnehmer zu dem in seinem Grundstücke gelegenen Brunnenhäuschen, welches über der sehr starken Stahl- und Manganquelle errichtet ist. Durch Stoffproben überzeugte sich jeder von dem hohen Eisengehalt des Wassers. Die Quelle hat schon das Interesse von Ärzten, Apothekern und Gärtnern gefunden. In Scharfenberg besitzt Sackhen eine noch viel zu wenig beachtete Quelle, die noch brach liegt. Die nächste Mitgliederversammlung findet Ende Oktober im Bahnhofslokal zu Niederwartha statt.

Kirchennachrichten

für den 17. Sonntag nach Trinitatis.

Predigttext: Epheser 4, 1-6.

Wilsdruff. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst; vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst; nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.
Grumbach. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst; danach Unterredung. Nachm. 2 Uhr Großmütterchenverein.
Kesselsdorf. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst und heiliges Abendmahl (Parrer Seidel). Nachm. 2 Uhr Tausen. — Mittwoch, den 15. Oktober nachm. 3 Uhr Wochenkommunion (Parrer Seidel).
Untersdorf. Vorm. 1/8 Uhr Predigtgottesdienst.
Reistopp. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Dienstag, den 14. Oktober 8 Uhr abends Jungmädcherverein (ältere Abteilung). — Donnerstag, den 16. Oktober 8 Uhr abends Jungmädcherverein (jüngere Abteilung). Freitag, den 17. Oktober 8 Uhr abends Jungmännerverein.
Sora. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.
Nöhrsdorf. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst; danach Kindergottesdienst. Abends 1/8 Uhr Jungmännerverein.
Limbach. Vorm. 8 Uhr Segelgottesdienst.
Wankenstein. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.
Tanneberg. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.
Sergowalde. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Großmütterchenverein erst am 26. Oktober. — Montag, den 13. Oktober: 8 Uhr Hauptversammlung des Frauenvereins im Erbgerichtssaal.
Burthardswalde. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst (P. Deubel-Taubenheim).
Neusirben. Nachm. 2 Uhr Predigtgottesdienst.

Bereinskalender.

Liedertafel. Keine Übung.
Militärverein. 11. Oktober 67. Stiftungsfest.
„Brudergaß“. 11. Oktober Konzert.
D. S. V. 16. Oktober Vortrag.

Wetterbericht.

Meist schwache Winde vorzugsweise aus Süd bis West. Hauptföhlheit heiter. Nach kalter Nacht tagsüber starke Erwärmung.

Sachsen und Nachbarchaft

Endlich Beratung des Staats - Etats.

Vorlegung durch die geschäftsführende Regierung.

Die Regierung hatte dem Landtag gegenüber ihre Bereitwilligkeit zur Vorlegung des Staatshaushaltsplanes auf das Jahr 1930-31 erklärt, falls der Landtag in seiner Mehrheit Wert darauf lege. In einer Sitzung des Altienrates sprachen sich fast alle Parteien für die Notwendigkeit der Vorlegung des Etats durch die gegenwärtige Regierung aus; lediglich die Kommunisten und Nationalsozialisten vertraten die gegenteilige Auffassung. Sonach darf angenommen werden, daß voraussichtlich Anfang November der Landtag in die Beratungen des neuen Staatshaushaltsplanes eintreten kann.

Bischofsberga. Turmjubiläum. Im benachbarten Demitz-Thumitz konnte der Klosterbergsturm, ein vielbesuchter Ausflugsort, auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Pustau. Diamantene Hochzeit. Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feierten Friedrich August Schneider und seine Ehefrau Wilhelmine Auguste geb. Snaid.

Ramenz. Krankenkassengeld gestohlen. In Rabitz wurde nachts ein Einbruch in die Wohnung des Kassierers der Ortskrankenkasse ausgeführt. Den Dieben fielen 300 Mark Krankenkassenbeiträge in die Hände.

Zittau. Bestrafter Leichtsin. Ein in rücksichtslos schneller Fahrt begriffener Motorradfahrer stieß von hinten gegen ein Pferdgeschirr, kam zum Sturz und erlitt einen komplizierten Schenkelbruch.

Vöbau. Superintendent Frank geht nach Plauen. Nachdem der hiesige Superintendent Franke im Einvernehmen mit dem Landeskonsistorium vom Stadtrat zu Plauen zum Superintendenten von Plauen vorgeschlagen worden war, hat die Kirchengemeindevorwaltung der Johannisikirche in Plauen Sup. Franke nach Plauen berufen.

Herrnhut. Tragischer Unglücksfall. Eine von Großheuerndorf kommende radfahrende Arbeiterschicht geriet auf der Vöbauer Straße unter den Staatsautobus und erlitt Beinbrüche und Kopfverletzungen. Die Frau, die zwei kleine Kinder zu Hause krank liegen hat, und sich auf dem Wege zur Krankenkasse befand, mußte nun selbst ins Krankenhaus gebracht werden.

Reidersdorf bei Zittau. Viermal eingebrochen. In ein und derselben Nacht wurden hier bei drei Gutsbesitzern und einem Fleischermeister Einbrüche durch diebische Handlanger, wobei den Dieben Lebensmittel, Wäsche und Bargeld in die Hände fiel.

Zwidau. Eine Falschmeldung. Die Meldung, daß zwei der in Vermögensgrün verlegten Nationalsozialisten gestorben seien, entspricht nicht den Tatsachen. Der eine befindet sich bereits wieder zu Hause, der andere liegt zwar noch im Krankenzustand, befindet sich aber außer Lebensgefahr.

Das Problem der Arbeitszeitverkürzung

Auf der Herbsttagung des Landesauschusses Sächsischer Arbeitgeberverbände sprach am Mittwochabend der Vorsitzende des Ausschusses, Direktor Wittke, über das oben angegebene, zur Zeit stark ventilierbare Problem. Der Redner zog aus dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl das Resümee, daß Sachsen, das rote Sachsen, das zweitgrößte deutsche Industriegebiet, sich von der Linsmehrheit entfernt hat, just zu einer Zeit, wo der Propaganda der marxistischen Parteien in dem Arbeitslosenland die denkbar beste Stütze erstand. Wir stehen — so führte er weiter aus — diesmal wirklich an einem Wendepunkt. Wir werden notgedrungen jetzt das tun müssen, was die Wirtschaftsexperten schon vor sechs Jahren forderten: Wirtschaft! Wir werden zu einer hauswirtschaftlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik kommen, oder unsere Volkswirtschaft und Währung geht zum zweiten Male zum Teufel. Die öffentlichen Auf- und Ausgaben müssen herunter, alsdann die Steuern, die Löhne, der Sozialversicherungsaufwand und — die Preise. Wer glaubt, mit der Preislenkung müsse angefangen werden, möge bedenken, daß der Preis eine Kostenfrage ist. Steuern, Löhne und Soziallasten sind aber nun einmal Kosten. Diese Kosten sind das Primäre, sie bestimmen und die Preise folgen ihnen. Deshalb muß man bei der Kostenlenkung anfangen. Nur den Nominallohn zu mindern, ohne die Preise zu drücken, das wäre eine Sache, mit der sich die Unternehmer, die an Löhnen höherer Kaufkraft heute ein noch größeres Interesse haben, als die Arbeitnehmer, so wenig abfinden können, wie die Volksgesamtheit. Unsere Arbeit ist zu teuer; wir sind das teuerste Land der Welt, waren dies schon lange, bevor die Weltmarktpreise infolge Überproduktion absanken, und nun trifft uns dies bei der heillosen Starrheit der von der öffentlichen Hand bestimmten und kontrollierten Ansozialkosten; Abgaben, Soziallasten und Lohn doppelt schlimm. Die sog. Weltmarktpreise ist nicht die Ursache unseres Elends, sie ist aber der wichtige Stoß, der unsere länderfremde Wirtschaftspolitik über den Haufen wirft. Bei der Wahl machte sich das Gefühl allgemein bemerkbar, daß radikale Maßnahmen unvermeidlich sind. Als eine solche Radikalurkunde scheint der Öffentlichkeit eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Forderung der Gewerkschaften, die Arbeitszeit zu verkürzen, ist alt; jetzt fordern sie für die verkürzte Arbeit den vollen Lohn, lehnen also den Lohnausgleich ab. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist aber eine außerordentlich fräftige Lohn-erhöhung und eine Abföhrtheit ersten Ranges. Der Redner setzte sich dann in kritischer Weise mit diesem Problem der Arbeitszeitverkürzung auseinander und verlangte eine sachliche und vorurteilsfreie Prüfung in einem Kreise entschlossener und sachkundiger Leute. Die Zeit der Halbheiten und Kompromisse müsse vorüber sein; mit halber Tat reize man zum Widerspruch und zur Widersetzlichkeit. Mit ganzer Tat überzeuge und bezwinde man. Der deutsche Arbeitgeber warte auf die Politik, die es ihm möglich mache, Arbeit zu geben, an dieser Politik mitzuarbeiten, sei der deutsche Arbeitgeber bereit.

Syndikus Vahn sprach dann über die Entwicklung, den Aufbau und die Einrichtungen der freien Arbeitergewerkschaften und der ihnen nahestehenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Man müsse den organisatorischen Aufbau, ihre Opferwilligkeit und ihre Disziplin anerkennen, müsse aber auch die verantwortungsbewußte Eingliederung in Staat und Wirtschaft wöndchen und hoffen.

Die Steuerprobleme im Lichte der Parteien

Sächsischer Landtag.

(8. Sitzung.)

Dresden, 9. Oktober.

Zu Beginn der Sitzung teilt der Präsident mit, daß Abg. Dr. Dehne (Dem.) sein Landtagsmandat niedergelegt habe. Der Präsident dankt dem Ausgeschiedenen für die im Landtag von ihm geleistete Arbeit.

Finanzminister Dr. Hedrich: In der letzten Sitzung hat der Abg. Edel erklärt, er habe die Verordnung des Finanzministeriums über die Erhebung von Staatsgrundsteuern und Aufwertungssteuern so aufgefaßt, als liege eine Kritik der Amisführung des früheren Finanzministers vor. Diese Ansicht ist völlig irrig (Hört, hört!) Es sei verfehlt, von Mifhandeln in der Verwaltung der Steuern zu sprechen. Das Finanzministerium hatte den Eindruck gewonnen, daß unter den Dräuden der schwierigen Wirtschaftslage die Mietersteuer nicht immer rechtzeitig abgeführt wurde. Dem mußte entgegen getreten werden.

Interessend ist, daß die Steuerbehörden zuweilen Mißschweigend von der Einhebung der Steuer abgesehen haben.

(Jurist: Ganze Gemeinden!) Es habe sich nicht um Vollständigkeit gehandelt, sondern um Zahlungsunfähigkeit. Es könne versichert, daß das Finanzministerium in allen Dingen gerecht und unparteiisch verfahren werde und verfahren sei.

Hierauf begründet Abg. Döbber (Soz.) den Antrag seiner Partei auf Vorlegung einer Aufstellung über Steuererhöhungen und Steuererlässe in den Jahren 1927 bis 1929. Härten sollten möglichst ausgeschaltet werden, doch dürften nicht Zustände eintreten, die einem Skandal gleichkämen. Die organisierte Steuerföbötage sei ein Ausfluß des politischen Systems. Man müsse wissen, wie man das Grundsteuererlöse erreiche und welche Einflüsse dabei mitgewirkt haben. Zu klären sei, wie viele Stundungen gewährt worden seien und wie sie im einzelnen ausfähen. Redner richtet heftige Angriffe gegen den früheren Finanzminister Dr. Weber. Es müsse für Sauberkeit bei den Behörden gefordert werden (Ein Nationalsozialist fragt, ob diese Forderung auch für Tempel und das Arbeitsministerium gelte).

Abg. Dr. Troll (Landw.): Die Gewerkschaften haben alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Lohnsteuer abzubauen. Dasselbe könne man auch der Landwirtschaft nicht verwehren. Es sei nachgewiesen, daß die Rot der Landwirtschaft kaum noch erträglich sei. Das Notprogramm für die Landwirtschaft sei im Reiche von einer Regierung aufgestellt worden, in der Sozialisten säßen. Das sei ein Beweis für die gebröckelte Lage.

Finanzminister Dr. Hedrich stellt dem Abg. Döbber gegenüber richtig, daß die Landesbehörden nicht den geringsten Einfluß auf die Feststellung der Grundsätze der steuerlichen Bewertung hätten.

Abg. Enterlein (Wirtsch.): Die Sozialdemokraten haben sich darauf beschränkt, Dinge vorzubringen, die längst erledigt seien. Der Redner beantragt, den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses schon heute auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Kunz (Natsoz.): Seine Partei werde dem Antrag der Sozialdemokraten zustimmen. Sie wende sich aber gegen die Herabsetzung eines so notwendigen Standes wie es die Landwirtschaft sei.

Abg. Döbber (Soz.) behauptet, es käme seiner Partei darauf an, die Lage der kleineren Bauern zu heben. Laufen Sie (zu den Nationalsozialisten) mit uns Sturm gegen die Grundbesitzer, dann wird man ein gut Stück Weg miteinander gehen können.

Der sozialdemokratische Antrag fand hierauf einstimmige Annahme. Desgleichen die Vorlage der Regierung auf Bewilligung eines einmaligen Sonderzuschusses von vier Millionen Mark an die Bezirksfürsorgeverbände zur Behebung des Notstandes sowie die Vorlage, die einen Betrag von

einer Million für Kostlandsarbeiten

vorzieht. Gegen letztere Vorlage stimmten die Kommunisten. Endlich wurden die

Notverordnungen

beraten betr. die Änderungen des Stempelsteuergesetzes, der Grundsteuer und der Gemeindesteuerverordnung.

Finanzminister Dr. Hedrich begründete die beiden ersten Notverordnungen. Zur Gemeindesteuerverordnung erklärte

Innenminister Richter:

Da die Reichsregierung auf die wiederholten dringenden Vorstellungen der sächsischen Regierung und der kommunalen Spitzenverbände erklärt habe, daß das Reich den Gemeinden mit der Biersteuer, der Getränkesteuer und der Bürgersteuer bereits Mittel in die Hand gegeben habe, um über die finanziellen Schwierigkeiten hinweg zu kommen, mehr aber nicht tun könne, halte sich die Regierung für verpflichtet, die Gemeinden wenigstens zum Teil in den Genuß der vom Reiche eröffneten Steuerquellen zu setzen.

Abg. Kiehl (Wirtsch.): Die Bier- und Getränkesteuer sei ein Schaden für das Gaststättengewerbe und die Wirtschaft. Höchstwahrscheinlich würden die erwarteten Einnahmen nicht hereinkommen. Deshalb werde diese Steuer von seiner Partei abgelehnt, während sie der Bürgersteuer zustimme.

Abg. Dr. B. ünger (D. Vp.) geht auf den Sinn der Kopfsteuer ein. Für die Gemeinden sei schnelle Hilfe not. Das Vergehen des Reiches in dieser Frage sei eine mutige Tat. Die Volkspartei nehme die Vorlage an.

Abg. Tögel (Dm.) führt aus, daß seine Partei schon im Zwischenausschuß ihre Ablehnung der Vorlage zum Ausdruck gebracht habe. Die Regierung habe vorzugsweise den Standpunkt berücksichtigt, die finanzielle Not durch Besteuerung zu beseitigen. Eine weiteres Fortsetzen des alten Weges führe geradlinig zur Katastrophe. Die Deutschnationale Volkspartei sei für einen Verwaltungslohnbeitrag jedes Landesbürgers. Dadurch werde auch der kritische Sinn gestärkt für das, was von den eigenen Leuten im Parlament beschlossen werde. Das Verfahren der Kopfsteuer sei viel zu kompliziert. Wir würden in einem Vierteljahr vor derselben Lage stehen. Das ganze Steuersystem müsse geändert werden.

Nach temperamentvollen Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Weber werden die Notverordnungen, da die Mehrheit der Redner auf das Wort verzichtet hatten, an den Rechtsausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 14. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Gegen politische Neutralität der Kirche.

Thesen der Evangelisch-Sozialen Vereinigung.

Die sächsische Evangelisch-Soziale Vereinigung hielt unter Leitung von Parrer Ae, Dresden, ihre Herbsttagung in Lichtenstein-Gallenberg ab. Prof. Deleat, Dresden, und Parrer Köhlich, Waldheim, sprachen über „Kirche und Politik“. Prof. Deleat's drei Grundthesen waren: 1. Die Kirche kann und darf nicht neutral sein zu den politischen Geschehnissen und den Anliegen des öffentlichen Lebens; denn auch das Christliche wirkt sich in das Einzelleben aus. 2. Die Kirche darf sich nicht parteipolitisch identifizieren mit einer Gruppe, denn alle Parteien sind Interessensvertretungen. 3. Eine dadurch bedingte und begrenzte Wirksamkeit ist nur so möglich, daß die Parrer auf neuen Wegen dem wirklichen Leben der Gegenwart begegnen. Den Abschluß der Tagung bildete ein öffentlicher, religiöser Diskussionsabend. Parrer Karl Fischer, Dresden, sprach über „Verweltlichung als Aufgabe und Gefahr“. Sein Grundgedanke war: Wir sind, auch wenn wir in der Kirche sind, — Welt und sollen weltlich handeln sachgemäß und ernsthaft tun. Die Gefahr wäre, wenn wir im Diesseits stehen bleiben und übersehen, daß das Diesseits nur möglich ist durch die Begegnung mit dem Jenseits.